

**Wenn die Flüchtlingssituation uns eines gezeigt hat, dann doch wohl, dass hier in Göttingen viele Hand in Hand zusammenarbeiten können.**

**Dass sich Politik, Verwaltung und bürgerliches Engagement in vielen Fällen ergänzen.**

**Auch wenn sich die Flüchtlingssituation im vergangenen Jahr etwas beruhigt hat, stehen wir vor großen Herausforderungen. In den kommenden Jahren, vermutlich sogar Jahrzehnten werden wir die Frage zu beantworten haben, wie Integration und Zusammenleben für alle Seiten nachhaltig funktionieren kann.**

**Nach all den Jahren der Diskussion über den demographischen Wandel haben wir hier eine Chance, positiv und nachhaltig auch für die Zukunft der Stadt Göttingen zu sorgen.**

**Wir als AntifaLINKE stehen für eine Kultur des Miteinanders, für eine Kultur des gegenseitigen Respekts und für eine moderne und bunte Gesellschaft.**

**Was aber an vielen anderen Orten zu Tage tritt ist nicht die Angst vor dem Fremden, dem Neuen, sondern eine breite Form von Rassismus und nicht zu erklärender Hass. Wir sind dazu aufgerufen, dieser Form von Protest dem Nährboden zu entziehen.**

**Es gibt selbstverständlich auch eine ganze Reihe positiver Aspekte, warum es anders und schön ist, in dieser Stadt zu leben – besonders im Vergleich zu anderen Städten in Niedersachsen. So gibt es hier eine Diskussionskultur, bei der es sicher immer Verbesserungsbedarf gibt, doch wir sind hier in der Tat um einiges weiter als andernorts!!**

**Das kann man in der Öffentlichkeit aber auch im Umgang miteinander hier im Rat immer wieder feststellen – und das wollen wir auch gemeinsam mit Ihnen erhalten!**

**Des Weiteren gehen wir mit dem Zuzug von Flüchtlingen (noch) anders um. Wir ziehen auf der Ebene des Rates hier in vielen Punkten an einem Strang, doch das ist nur möglich, weil es eine große interessierte Öffentlichkeit gibt, die uns immer wieder kritische Fragen stellt, die Anforderungen und Bedarfe formuliert und dabei die Mitmenschlichkeit und Solidarität nicht aus den Augen verliert!**

**Diese Menschen, Gruppen, Initiativen und Organisationen bedürfen weiter einer breiten Unterstützung des Rates und der Verwaltung dieser Stadt!**

**Trotzdem merken wir gerade jetzt, wo die Mehrausgaben für die Unterbringung von Menschen auf der Flucht zunehmen, dass wir mit dem sogenannten ‚Entschuldungshilfeplan‘ / ‚Zukunftsvertrag‘ immer mehr an die Grenzen kommen und eben trotz guter konjunktureller Lage die Mehreinnahmen kaum investiv ausgeben können, sondern immer noch ‚Schulden‘, für die diese Kommune nicht die alleinige Verantwortung tragen kann, tilgen müssen.**

**Und so müssen wir uns hier vor Ort dazu verhalten und den Mangel verwalten, von der grundgesetzlich garantierten Selbstverwaltung ist immer weniger zu spüren und durch IHRE strikte Trennung der unterschiedlichen politischen Ebenen laufen wir immer wieder vor die Wand.**

**Die Antifaschistische LINKE wird das auch weiterhin nicht widerspruchlos hinnehmen und wir wären einen großen Schritt weiter, wenn SIE in ihren Parteien dafür sorgen, dass Voraussetzungen für einen echten Politikwechsel geschaffen werden können.**

**Was bringt sonst auf Dauer eine kulturvolle Streitkultur vor Ort, wenn wir nicht dafür sorgen können, die Sorgen und Nöte der Ärmsten und Schwächsten der Gesellschaft zu beseitigen, damit allen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleistet werden kann.**

**Die Stärke einer demokratischen Gesellschaft misst sich nicht zuletzt an ihrem Umgang eben genau mit diesen Menschen, die in Armut leben, von Armut bedroht sind oder von der Teilhabe am Leben nahezu ausgeschlossen sind!**

**Konjunkturelle Schwankungen müssen auch weiterhin im Rahmen des wiederholt angesprochenen ‚Entschuldungshilfeprogramms‘ aus eigenen finanziellen Mitteln ausgeglichen werden. Ich weise an dieser Stelle darauf hin, dass die einzigen verbliebenen Steuerungsmöglichkeiten die freiwilligen sozialen Leistungen und die Personalkosten darstellen.**

**Fast alle unsere Anträge die wir zu diesem Haushalt gestellt haben, wurden wie immer abgelehnt. Wiedermal konnte die Mehrheit aus SPD und Grünen ihre Vorstellungen vollständig umsetzen.**

**Wir fordern, dass der DGB bei der Wirtschaftsförderung und im Stadtmarketing mit eingebunden wird, die Einführung eines Bürgerhaushalts und von flächendeckenden Ortsräten, was allerdings wie wir alle wissen, rechtlich nicht ganz leicht zu bewerkstelligen ist. Aber wenn dies von Politik und auch von der Verwaltung gewollt wäre, gäbe es sicherlich Wege und Möglichkeiten dies umzusetzen. Weiterhin fordern wir die Schaffung eines Nagasaki Platzes, zum Gedenken an die Atombombenopfer. Auch hier gilt, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.**

**Durchsetzen konnte die AntifaLINKE, bei den Zielen aufzunehmen, dass die Stadt Göttingen darauf hinarbeitet, geeignete Standorte für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums zu finden, was bei der momentanen Wohnungssituation ein wichtiger Faktor ist.**

**Des Weiteren wird ab August eine ermäßigte Monatskarte für die Busse der GöVB angeboten, auch dies geht aus einem Antrag der AntifaLINKEN hervor.**

**Aber, die jüngst beschlossenen Erhöhungen der normalen Bustarife, die Anhebung der Kitagebühren und die Verteuerung der Schwimmbäder trägt die AntifaLINKE nicht mit. Es kann doch nicht sein, dass die SPD in ihrem Wahlprogramm eine gebührenfreie Kita fordert und das gleichzeitig dann hier im Rat ablehnt, und damit nicht genug, dann noch eins draufzusetzt und für eine Erhöhung der Kitagebühren die Hand hebt.**

**Angesichts einer schwierigen Haushaltssituation ist in der Politik sehr oft zu hören, dass wir sparen müssen. Aber genau das ist nicht möglich.**

**Wir müssen also vielmehr von Kürzungen und Verlagerungen bei den Ausgaben sprechen, die aber auch nicht nötig wären, wenn der Bund die Kommunen finanziell endlich so ausstatten würde, dass die Städte und Gemeinden ihre Aufgaben im Sinne der Bürgerinnen und Bürger erfüllen könnten.**

**Da dies aber nicht der Fall ist, stellt sich die Frage, bei welchen Ausgaben die Politik Kürzungen vornimmt.**

**Hier vertritt die AntifaLINKE eine klare Position: Wenn das Geld knapp ist, müssen es die Menschen bekommen, die es am dringendsten benötigen, weil sie sozial benachteiligt sind.**

**Denn auch in Göttingen nimmt die Armut zu.**

**Zu berücksichtigen ist dabei auch, dass die Dunkelziffer derjenigen, die unterhalb der Armutsgrenze leben und keine Anträge auf Transferleistungen stellen, sehr hoch ist. Hinzu kommt, dass die Altersarmut in den kommenden Jahren drastisch ansteigen wird.**

**Auch wenn diese Entwicklung vor allem bundespolitische Ursachen hat, müssen wir kommunalpolitisch alles tun, um die Folgen von Armut zu verringern und abzumildern.**

**Die Schaffung von mehr preiswertem Wohnraum ist eine der dringendsten Aufgaben für die Kommunalpolitik in Göttingen. Es muss alles dafür getan werden, dass Menschen mit wenig Geld auch in Zukunft hier wohnen und leben können. Die Bemühungen von Grünen und SPD reichen hier bei weitem nicht aus.**

**Erlauben Sie mir zum Schluss noch zwei Anmerkungen. Die Welt ist in den vergangenen Jahren im wahrsten Sinne des Wortes in Bewegung geraten. Die vor Krieg, Hunger und Not geflüchteten Menschen sind auch zu uns nach Göttingen gekommen.**

**Der Verwaltung aber auch den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern möchte ich für ihren Einsatz bei der Aufnahme und Integration der oft traumatisierten Personen danken.**

**Die Welt ist aber auch aus den Fugen geraten, weil die Ungleichheit zugenommen hat und die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht. Durch diese Entwicklung droht der gesellschaftliche Zusammenhalt, auch bei uns, verloren zu gehen. Dies wird auch Auswirkungen auf kommunaler Ebene haben. Darum ist es unsere Aufgabe, hier in Göttingen mit unseren Möglichkeiten immer wieder gegen Ungleichheit und für soziale Gerechtigkeit einzutreten.**

**Die Antifaschistische LINKE wird einigen Einzelhaushalten zustimmen können, den Gesamthaushalt allerdings ablehnen.**

**Die Logik des ‚Entschuldungshilfevertrages‘ lehnen wir grundsätzlich als Hemmschuh öffentlicher Investitionen und der vollständigen Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung ab.**

**Diese Art von Politik entspricht nicht den Ansprüchen für eine transparente Politik und für ein Gläsernes Rathaus!**